



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

51. Jahrgang – Nr. 4 – Dez. 1999

**Hochrüstung
für die Volkspartei**

Mit neuem Mut ins Jahr 2000

***E**in gesegnetes
Weihnachtsfest und
sehr viel Glück und
Gesundheit im neuen
Jahrhundert wünschen
allen Kameradinnen
und Kameraden*

die ÖVP-Kameradschaft
der politisch Verfolgten
und „Der Freiheitskämpfer“





Dr. Hubert Jurasek

Unerwartetes Wahlergebnis

Lange schon ist nicht mit so einer Spannung auf ein Wahlergebnis gewartet worden, wie bei der Wahl der Abgeordneten in den Nationalrat am 3.10.1999. Schon vor der Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses ist klar geworden, daß der Souverän Volk, vertreten durch die Wähler, ganz anders entschieden hat, als die politischen Aargen gewissagt haben. Dieser 3. Oktober hat die politische Landschaft in Österreich verändert (Heiner Boerski, „Warten auf das Zielfoto“ in der „Furche“ Nr. 40 vom 7.10.1999, Seite 1). Klaus Firlai, Univ.-Prof. in Salzburg und zehn Jahre lang sozialdemokratischer Abgeordneter des dortigen Landtages, hat in seinem Artikel „Das war mehr als nur ein Jux der Wähler“ in derselben Nummer der „Furche“, Seite 4, geschrieben, seither sei die Zweite Republik tot.

Im neugewählten Nationalrat sind nur noch 4 Parteien; das Liberale Forum ist der Hauptverlierer der Wahl, es ist nicht mehr im Nationalrat. Der zweite große Verlierer dieser Wahl ist die SPÖ. Sie hat gegenüber der Nationalratswahl 1995 über 310.000 Stimmen und 6 Mandate verloren; ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1945; nimmher hat sie nur mehr 65 Mandate. Die ÖVP hat zwar ihre 52 Mandate hal-

ten können, sie hat nur noch 13 (bisher 19 Mandate weniger als die SPÖ), hat aber über 100.000 Stimmen verloren. Durch diesen Stimmenverlust hat sie 415 Stimmen weniger erzielt als die FPÖ und ist daher nur noch die drittstärkste Partei. Schon bei der Wahl zum EU-Parlament hat die ÖVP durch die Kandidaten der Christlichen Sozialen Allianz (CSA) tausende Stimmen verloren; damit ist die CSA zum „Königsmacher“ der FPÖ geworden. Haben die Funktionäre der CSA dies bedacht?

Gemessen an den Stimmen und Mandatsanteilen bei der Nationalratswahl 1995 haben die Grünen prozentuell den größten Zuwachs erzielt: ca. 110.000 Stimmen und 5 Mandate, also über 40 %. Sie sind nimmher mit 14 Mandaten im Nationalrat.

415 Stimmen Vorsprung

Größter Sieger der Nationalratswahl 1999 ist die von Jörg Haider geführte FPÖ geworden. Die hat gegen der NR-Wahl 1995 210.000 Stimmen und 11 Mandate gewonnen, hat damit wie die ÖVP 52 Mandate. Durch ihren Stimmenüberhang von 415 Stimmen ist sie zur zweitstärksten Partei geworden. Die Mehrheit der Arbeiterschaft hat die FPÖ gewählt (s. die Wahlanalysen von Michael Maier und Doran Rabinovici auf Seite 2 der „Furche“

Nr.40/99). Die SPÖ hat die Arbeiterschaft weitgehend verloren (Univ.-Prof. Liebmann, „Zum 3. Oktober“ in der „Wiener Kirchenzeitung“ Nr. 41 vom 10.10.1999). Christen mit starker Kirchenbindung haben sich von Jörg Haider nicht beeindrucken lassen, für sie ist das Wählen auch eine Frage der Grundwerte (Leitenberger auf Seite 2 der „Kirchenzeitung“ vom 17.10.1999). Nach Firlai (aO) haben die Freiheitlichen keine Identität im klassischen politischen Spektrum. Sie repräsentieren, dem postmodernen Menschen entsprechend, den Typ einer multi-optimalen Mischpartei. Die Bezeichnung „rechtsradikal“ treffe nicht das Wesen der Partei, hier irrten viele ausländische Kommentatoren. Nach Frisching „Die Untiefen der politischen Seele“ in der „Furche“ Nr. 41/99, Seite 4, sei die FPÖ zwar opportunistisch und populistisch; rechtsradikal, nazistisch oder faschistisch sei sie nicht. Unter Bezugnahme auf das jüngste Schweizer Wahlergebnis schreibt die „Furche“ Nr. 43 vom 28.10.1999 unter der Überschrift „Die rechten Populisten“, derzeit geisterte in Mitteleuropa das Gespenst des Rechtspopulismus herum.

Sandra Nierl, Auslands-korrespondentin für deutschsprachige Medien in Tel Aviv,

findet es abstoßend, daß die Unwilligen (wegen Sozialpartnerschaft und Große Koalition) als Alternative Jörg Haider gewählt haben; dieser sei König der Populisten. Der israelische Außenminister hat nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses angekündigt, Israel werde über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Österreich nachdenken. Auch das Wahlergebnis der Schweiz hat er negativ beurteilt. Negativ hat sich auch ein Außenminister von Österreichs östlichen Nachbarn über das Wahlergebnis geäußert. Für Guvvin, ehemals israelischer Botschafter in Österreich, ist Jörg Haider kein Neonazi, sondern ein „radikaler Nationalist mit klaren rassistischen und faschistischen Neigungen“. Ähnlich schrieben auch israelische Zeitungen. Auch die Zeitungen in der USA betonten die „weit rechts“-Positionen des „Neonazi“ Haider (s. die Beiträge über „Auslandsstimmen zum FPÖ-Wahlerfolg“ in der „Furche“ Nr. 42 vom 21.10.1999, Seite 2).

Alle diese Kommentare übersehen, daß es sich bei dem kritisierten Wahlergebnis um die Wahl zum parlamentarischen Vertretungskörper Österreichs, eines zweifellos demokratischen Staates, handelt. Sie kennen auch nicht das Wählerverhalten, das es Haider ermöglicht hat, soviel zu gewinnen (Nierl, aO). Österreich muß jedoch um seinen politischen Ruf fürchten, was bei der Bildung der kommenden Bundesregierung eine Rolle spielen sollte. ■

Bei der Versammlung des Kuratoriums in Wien am 23. November 1999 ist folgender Vorstand gewählt worden:

Bundesobmann: Dr. Hubert Jurasek, Wien
Obmann-Stellvertreter: BR Alfred Gerstl, Steiermark
Primarius: Dr. Gerfried Leser, Kärnten
Schriftführerin: Rosa Loaly, Burgenland
Kassier: Othmar Burian, Wien

Weihnachtssperre

Unser Sekretariat ist von Mittwoch, dem 15. Dezember 1999 bis Montag, dem 10. Jänner 2000 geschlossen. Erster Arbeitstag: Dienstag, 11. Jänner 2000.

Politik für die Zukunft

Wir befinden uns in einer merkwürdigen Situation, wie etwa ein Mann in einem Tal zwischen hohen Bergen, der die Frage sich stellen muß, welchen dieser Berge er nun besteigen soll, damit er eine möglichst weite Sicht ins Land hinein hat.

Nach der Wahl am 3. Oktober, die Dr. Juranek auf der gegenüberliegenden Seite beschreibt, stand es in einer sehr merkwürdigen Form so, daß zwar die Sozialisten die stärkste Partei waren, mit etwa 33 Prozent, aber daneben die ÖVP und FP mit nahezu 27 Prozent der Stimmen, fast gleichviel, der Unterschied machte nur 415 Stimmen aus. Dementsprechend ist ja auch die Verteilung der Mandate im Nationalrat, 65 Mandate haben die Sozialdemokraten, je 52 FP und ÖVP und den Rest, 14 Mandate, bekamen die Grünen.

Die Möglichkeiten

Aber wenn es um eine Regierungsbildung gehen soll, so muß entweder die Sozialistische Partei mit der Freiheitlichen Partei oder die Sozialistische Partei mit der Österreichischen Volkspartei sich zusammenschließen, oder aber es schließen sich ÖVP und FP zusammen. In ersteren Fällen hätte eine Regierung von den 183 Abgeordneten je 117. Ein Versuch mit den Grünen muß natürlich fehlschlagen, denn dann käme man im besten Fall auf 78 Stimmen für die Sozialdemokratische Regierung. Es ist noch ein Weg offen, nämlich eine Regierung aus ÖVP und Freiheitlichen, die zusammen 104 Stimmen hätten, was genügt, denn man braucht von 183 die Hälfte plus 1, das heißt also 92. Ginge die Sozialistische Partei mit einer dieser beiden Parteien zusammen, käme sie auf 117 Abgeordnetenstimmen. Es ist zwar genug um eine Regierung zu bilden, das eine wie das andere, es genügt aber beides nicht, wenn man eine zwei Drittel Mehrheit braucht, nämlich um Verfassungsgesetze zu beschließen oder wieder abzuschaffen.

Die Kombinationen die seither angestellt worden sind, sind im Grunde vergeblich, denn es zeigt sich doch deutlich, daß die einen wollen und die anderen nicht. Die Sozialistische Partei will offensichtlich um keinen Preis mit den Freiheitlichen koalieren. Die Volkspartei hat zwar bisher getan als wollte sie mit niemandem koalieren, aber jetzt seit neuestem und zwar nach Gesprächen, die sich zwischen Schlüssel und Klima und Schlüssel und Jörg Haider abgespielt haben, jetzt zweieinhalb Monate nach der Wahl, ist sie offenkundig zu einer etwas anderen Haltung gelangt. Sie ist der Meinung, sie könnte ja vielleicht mit der einen oder anderen Partei koalieren. Es wird betont, daß es mit den Freiheitlichen ungewöhnlich viele Punkte gibt, in denen man sich gut versteht, aber es ist auch so, daß die SPÖ bereit sein wird, eine ganze Fülle von ihren Forderungen wieder zurückzunehmen, vor allem auf sozialem Gebiet und was die Lohnkosten anbelangt, um auf die ÖVP einzugehen. Wenn das geschieht, wird eine gewisse Zufriedenheit entstehen. Man meint, daß es Schlüssel darauf ankomme, selbst Bundeskanzler zu werden. Das wäre nicht nur verständlich, es ist sogar notwendig. Wenn der Obmann einer Partei plötzlich nicht mehr das Maximum zu erreichen versucht, was ist er dann für ein Parteiführer? Es dürfte also richtig sein, wie vermutet, daß die ganzen Manöver die der Vizekanzler Wolfgang Schlüssel in den letzten zweieinhalb Monaten vorgeführt hat, genau diesen Ziel dienen: ein Maximum für seine Partei zu erreichen, deswegen dürfte man ihn nicht kritisieren, sondern man müßte im Gegenteil Dank aussprechen und dafür

loben, daß er eine sehr gute Strategie angewandt hat. Es ist ja sehr deutlich, daß es sich hier um eine Litzitation handelt, darum wie man eine künftige Regierung gestalten wird können. Der äußerste Vorschlag wäre natürlich, daß Schlüssel selbst Bundeskanzler werden soll und damit die Sozialdemokraten in die zweite Linie gedrängt werden, also in jene Rolle, die bisher die Volkspartei inne hatte. Das ist vielleicht ein wenig zu viel gehofft auf Seiten der Volkspartei, es ist schwer möglich, das man die viel größere so zurückdrängt, aber es ist nicht ganz ausgeschlossen. Dann nämlich nicht, wenn die Sozialdemokraten um jeden Preis sozusagen, mit der ÖVP koalieren wollen, denn die Lösung mit der Minderheitsregierung, von der Klima öfters sprach, ist doch eine sehr schwierige, eine solche die dauernd in der Minderheit im Parlament wäre und die nicht das geringste dort durchbringen würde. Ansonsten hieße das baldige Neuwahlen, die keiner will.

Grundforderung der ÖVP

Man darf dabei jetzt nicht an Bruno Kreisky denken, der im Jahr 1970 in einer ähnlichen Situation war und sich dadurch gerettet hat, daß er der damals noch kleinen Freiheitlichen Partei eine Fülle von Geschenken versprach, von denen er auch einiges wahr gemacht hat, so zum Beispiel eine Reform des Wahlrechts. Jetzt aber redet man auch davon wieder, man spricht davon, daß es eine Reform weg vom Proporz hin zur Persönlichkeitswahl geben solle, man spricht ferner davon, daß es eine Fülle neuerer und reformierender Vorschläge geben werde, die zur Gesetzesreife

kommen sollen: Auf sozialem Gebiet vor allem. Schlüssel hat schon eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, die er mit Sicherheit durchzusetzen sucht. Dazu gehören die Sanierung des Budgets, wobei das Defizit innerhalb von fünf Jahren auf ein Prozent des Bruttoinland-Produktes gesenkt werden muß.

Ein weiterer Punkt ist die lebendige Demokratie, das heißt mehr direkt demokratische Gemeinde, Briefwahl und Abbau von Proporz. Ferner eine Sicherung des Wirtschaftsstandards, den man durch eine Senkung der Lohnnebenkosten bis zu 15 Milliarden Schilling erreichen will. Auch eine Reform der Abfertigung soll es hier geben. Da sind natürlich hier auch ein paar Dinge drinnen, die unter Umständen dem Arbeitnehmer weh tun.

Wirtschaft hat Vorrang

Eine Charta der Freiheit zur Wirtschaftsregulierung ist etwas, was man in Österreich seit langem fordert, vor allem die Gewerbetreibenden, die Selbständigen und die Wirtschaft sind für eine solche Änderung unseres Zustandes.

Ein nächster Punkt wäre ein Zusammenhalt der Gesellschaft, das heißt also eine größere Rücksichtnahme der verschiedenen Generationen aufeinander und dann ist ein sehr wichtiger Punkt die Valorisierung der Pensionen. Gegenwärtig gibt es zwei große unterschiedliche Gruppen, nämlich die von ASVG betroffenen Pensionisten und zum anderen die Beamten. Der Beamte ist pragmatisiert und bekommt eine schöne, sehr hohe Pension, wenn er in Ruhestand geht. Der ASVG Versicherte bekommt im allerhöchsten Fall eine Pension, die einem Einkommen von 28.000 Schilling entspricht. Es ist nun seit alters her in Österreich ein Vorrecht der Beamten Pensionen zu bekommen und ein Vorrecht der Beamten unter Umständen besser bezahlt zu sein als ►

gleichmögliche Angestellte. Von diesen Punkten abzugehen, wird sehr schwer fallen, vor allem dann, wenn man weiterhin die Gewerkschaften braucht.

In einem Punkt ist die Annäherung zwischen Österreichischer Volkspartei und Sozialdemokratischer Partei schon sehr deutlich geworden. Die ÖVP, die früher den Beitritt zur NATO verlangte und die SPÖ, die überhaupt jeden Gedanken an die NATO abgelehnt hat, sind sich näher gekommen mit verschiedenen Formulierungen, etwa der Teilnahme an einem europäischen Sicherheitssy-

stem, was praktisch schon das selbe heißt wie die NATO.

Man sollte aber in diesen Zusammenhängen nicht verschweigen, daß es offenbar sehr nützliche Gespräche zwischen Volkspartei und Freiheitlichen, also zwischen Schüssel und Haider gegeben hat, die zu dem Ergebnis führten, daß beide Parteien sehr vieles gemeinsam sei und die wirklich starken Unterschiede nicht sehr groß sind. Wir sollten uns nicht allzu sehr wundern, wenn aus dieser Konstellation noch irgend etwas herauskäme, denn die FP ist trotz aller Einbrüche in die

Arbeiterschaft doch eine großbürgerliche Partei. Es handelt sich um eine Zusammensetzung, die jener der Volkspartei sehr ähnlich ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Erste Republik von Koalitionen aus großbürgerlichen Parteien geprägt waren, Christlich-Sozialer mit dem sogenannten Schober Block, dem nicht nur die Großdeutschen angehörten, sondern auch der Landbund. Da entspricht es nur den damaligen Verhältnissen, daß ja

bei der Gründung 1945 der Österreichischen Volkspartei der letzte Präsident des Landesbundes Schumy mit dabei war. So läßt sich also als Erwartung für die nächsten Wochen oder gar Tage sagen: zwischen Weihnachten und Neujahr oder vielleicht in den ersten Wochen des Jänner wird es eine neue Regierung geben. Höchstwahrscheinlich eine Regierung wie bisher, nur freilich mit einem sehr veränderten Programm. **Johannes Eidlitz** ■

Neuwahl des Wiener Vorstandes

Am 27. Oktober 1999 hat die Neuwahl des Wiener Landesvorstandes stattgefunden:

Landesobmann: Dr. Hubert Jurasek

Landesobmann-Stellvertreter: Franz Förster

Dr. Gerhard Kastelic

Dr. Ludwig Steiner

Kassier: Othmar Burian

Kassier-Stellvertreter: Diktin, Edith Schwarz

Schriftführer: OStR. Dr. Josef Breuer

Schriftführer-Stellvertreterin und gleichzeitige Referentin

für die jüngere Generation: Dr. Claudia Tancits

Beisitzer: wHR Dr. Herbert Crammer, Min.Rat Dr. Hans Dietl,

Johannes Eidlitz, Dr. Norbert Kastelic, Dipl.Ing. Werner Win-

tenstein.

(Frau Dr. Tancits ist Enkelin des Märtyrerkanzlers Engelbert Dollfuß)

Neuwahl des Kärntner Landesverbandes September 1999

Obmann: Prim. Dr. Gerfried Leser

1. Obmann: Ing. Josef Jantzi

2. Obmann: Dr. Herbert Wessing

Schriftführer – Kassier: Dr. Georg Leser sen.

Rechnungsprüfer: Dr. Leopold Gohernig

Beiräte: OStR Richard Pachter, Josefa Goldarbeiter,

Andreas Zugwitz

Neuwahl des Vorstandes des OÖ Landesverbandes

Samstag, dem 23. Oktober 1999 nach einem gemeinsamen Mittagessen hat in Linz schon nach den neuen Statuten die Neuwahl des dortigen Landesverbandes stattgefunden, bei der der Sohn des im Vorjahr verstorbenen Landesobmannes Wilhelm Zimmerbauer, Rechtsanwalt Dr. Marcus Zimmerbauer zum Landesobmann gewählt worden ist.

Weitere Funktionen:

Frederike Serschen, Gertrud Heidlberger und Ingeborg Heidlberger, die Enkelin eines der Führenden Köpfe des 20. Juli 1944, Oberstleutnant Bernards.

Namens des Kuratoriums hat Obmann Dr. Jurasek an dieser Sitzung teilgenommen, den Funktionären, insbesondere Dr. Marcus Zimmerbauer, für ihre Bereitschaft eine Funktion im OÖ Landesverband zu übernehmen, gedankt und viel Erfolg für die kommende Arbeit gewünscht

Widerstand an der Musikakademie

Bei ehemaligen Musikstudenten und zwei Professoren der Wiener Musikakademie, die nachweislich am Widerstand gegen die NS-Herrschaft über Österreich beteiligt waren, sollen genannt werden.

Der erste, war Kurt Hickl (geb. 1917), Teilnehmer an jener kirchlichen Feierstunde vom 7. 10. 1938, die sich zu einer nachvollziehbaren Kundgebung gegen das NS-Regime entwickelte; er war schon in den Tagen vor der Okkupation von illegalen SA-Männern niedergeschlagen und schwer verletzt worden.

Erik Werba (1918-1992) wurde im Dezember wegen „Geheimbündelei und Aufwiegelung“ inhaftiert. Der Gestapo war sein Schreiben an die Mitglieder der (inzwischen verbotenen) Studentenverbindung „Alpenland“ in die Hände gefallen, in dem er u.a. bedauert, nicht an der geheimen Weihnachtsfeier teil nehmen zu können. Er wurde auf Grund einer Intervention schon im Jänner 1939 entlassen.

Eberhard Würd (geb. 1915) wurde im Jänner 1939 Mitglied der vom Klosterneuburger Chorherrn Roman Karl Scholz geführten „Deutschen (bald darauf Österreichischen) Freiheitsbewegung“, die durch Verrat schon im Juli 1940 aufflog. Weil er dem von der Gestapo eingeschlossenen Verräter, dem Burschauspieler Otto Hart-

mann nicht persönlich bekannt war, wurde er erst im Jänner 1941 festgenommen. Angeklagt wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“.

Friedrich Wildgans (1913-1965), Sohn des österreichischen Dichters Anton Wildgans, war 1940 Klarinetist im Wiener Burgtheater-Orchester und wurde von Otto Hartmann (s.o.) für die ÖFB (Scholz-Gruppe) geworben. Noch ehe er beitreten konnte, wurde er inhaftiert und wegen „Nichtanzeige einer hochverräterischen Gruppe“ zu 1 1/4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Raimund Weißensteiner (1905-1996), Kaplan an der Votivkirche, unterrichtete an der Reichshochschule für Musik (wie die Wiener Akademie während der NS-Zeit hieß). Am 30.7.1943 hat er während einer Bergtour in den Stubai Alpen laut kund, was die inzwischen ernüchterte Mehrheit der Österreicher dachte, aber nicht zu sagen wagte: Deutschland werde den Krieg verlieren, der eine (Mussolini) habe schon „eine Kraxen gerissen“, es werde nicht mehr lang dauern, bis ... Vier Zeugen meldeten diese und andere Aussagen der Gestapo. Weißensteiner wurde inhaftiert und wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Feindbegünstigung“ angeklagt. Durch eine abenteuerliche Flucht während eines Gefangenentransports entkam er der Blutjustiz des dem Untergang geweihten Regimes. ■

Das miese Österreich

Ein sehr bekannter österreichischer Autor, nämlich Robert Menasse, ist schon einmal dadurch aufgefallen, daß er behauptete, es hätte in Österreich nur einen kommunistischen Widerstand gegeben. Alles andere sei nebensächlich.

Aufgrund dieser Taten des kommunistischen Widerstandes habe sich dann Österreich die Rolle eines befreiten Landes zugeschanzt und sei auch in den Verhandlungen mit den vier alliierten Mächten erfolgreich gewesen.

Nun diese kühne Behauptung ist, wie wir alle wissen, falsch, denn es hat selbstverständlich einen kommunistischen Widerstand gegeben, der auch relativ stark war, doch angesichts der sehr kleinen Zahl der Kommunisten in Österreich ist auch die Zahl der kommunistischen Widerständler nicht übermäßig groß

gewesen. Aber sie mögen im Verhältnis zu den übrigen Gruppen in besonderer Weise von den Nazis verfolgt worden sein und auch ihre Todesopfer mögen sehr zahlreich sein. Aber damit der Herr Menasse nicht glaubt, daß er recht hat, daß es sonst keinen Widerstand gegeben hat, erlaube ich mir hier die sonst weit bekannten Zahlen noch einmal anzuführen.

In der Nacht

Die Kritik Menasses unter dem Titel „Österreich in der Nacht“ in der FAZ bezieht sich auf die Gründungszeiten der

Republik. Er meint, es seien im Jahre 1945 nur zwei Versprechen gegeben worden, nämlich einen neuen Staat zu schaffen, der sich den Vorstellungen westlicher Demokratie nähern sollte und zweitens Österreich soll als Fazit seiner historischen Erfahrungen zu einem Musterland im Hinblick auf die Achtung und Verteidigung der Menschenrechte werden. Dies war auch gewiß als Lockspeise gedacht für die von der KP okkupierten Länder Osteuropas.

Die Hauptproblematik des Herrn Menasse scheint mir zu sein, daß er, der 1954 geboren wurde, viel zu wenig von Geschichte weiß. Aber er hat sich

auch nicht bemüht, sich darüber zu informieren, wie es damals zaging. Die Wahrheit ist nämlich, daß Österreich im Jahr 1945 von vier Großmächten besetzt war und während man in den westlichen und südlichen Bundesländern ohne weiteres demokratische Verhältnisse durchsetzen konnte, war dies in Niederösterreich, Teilen Oberösterreichs, in Wien und vor allem im Burgenland nicht so ohne weiteres möglich, denn hier hatten die Sowjets das Sagen und bevorzugten selbstverständlich ihre Kommunistische Partei. Wie schwach diese Partei wurde, trat erst bei den ersten Nationalratswahlen zu Tage und der Autor dieser Zeilen erinnert sich noch, wie entsetzt die russischen Generäle über die 4 Prozent waren. Bis heute ist sie auf nahezu 0 Prozent abgesunken. Nichts desto weniger besetzten die Sowjets viele Stellen mit Kommunisten, ▶

Österreichs Verluste 1938-1945

30.000 politische Häftlinge, die mindestens drei Monate bis sieben Jahre im Kerker oder KZ waren
7.000 bewußte Antifaschisten, die wegen Schwarzhändels, Sabotage und antifaschistischer Betätigung inhaftiert waren
74.000 Österreicher in der Wehrmacht, die wegen Zersetzung, Kriegsdienstverweigerung, Desertion zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt oder justifiziert wurden
2.700 hingerichtete Österreicher
417 Österreicher am Morzinplatz (Gestapogefängnis) ermordet
9.270 Österreicher in anderen Gestapogefängnissen ermordet
6.420 in Zuchthäusern und Gefängnissen Europas umgekommen
18.493 Österreicher im Konzentrationslager hingenommen

Juden

75.000 nach Übersee ausgewandert
59.000 ins europäische Ausland emigriert
51.500 aus österreichischen Orten deportiert und in den Konzentrations-

lagern vernichtet (ohne Mischlinge, mit Mischlingen wahrscheinlich um einige Zehntausend mehr)

Außerdem

800.000 Österreicher zur Wehrmacht eingezogen
380.000 Österreicher kehrten nicht zurück (zehn Prozent der männlichen Bevölkerung)
12.622 Wiener bei Bombenangriffen getötet
730 Österreicher durch Kriegseinwirkung erblindet
112.976 Frauen haben ihre Männer verloren
136.721 Kinder haben ihre Väter verloren
4.500 Kinder haben keine Eltern mehr
72 Kirchen wurden zerstört oder schwer beschädigt, 317 Kirchen leicht beschädigt, 17 Synagogen und 78 Bethäuser zerstört
381 Eisenbahnbrücken zerstört
2.500 km Bahnkörper zerstört

Quelle „Mahnruf“



Das Antlitz des KZ-Häftlings

so vor allem Bürgermeisterstellen und so weit es ging auch andere Funktionen. Die Regierung Österreichs, die ja vom alten Präsidenten Renner gebildet wurde, mußte kommunistische Mitglieder aufnehmen. Das hat sie sozusagen auch dann in eigener Regie getan, um eben die Sowjets nicht vor den Kopf zu stoßen. Das war eben ein sehr wesentlicher Bestandteil der damaligen Po-

1934, also elf Jahre vorher, die Rechte und die Linke Österreichs im Kampf getroffen hatten und zwar im richtigen, echten blutigen Kampf. Die Kanonen des Bundesheeres schossen in die Gemeindebauten und aus den Gemeindebauten krachten die Maschinengewehre des Schutzbundes. Das war eine furchtbare Situation. Auf den Lagerstraßen der Konzentrationslager nach dem

ziale Probleme gab. Nicht, weil man das diktatorisch verlagte hätte, sondern weil man den Wünschen der Gewerkschaften, den Wünschen der arbeitenden Menschen entsprach. Menasse steigert sich dann in seinem Artikel so weit, daß er die Freiheitliche Partei, von der er behauptet, sie habe die miesesten Wahlparolen, verteidigt, weil sie die einzige Opposition war und ist. Menasse zieht

Schief (Vizekanzler und SPÖ-Vorsitzender), Franz Jonas (ein bewährter sozialdemokratischer Funktionär und Bürgermeister von Wien), Rudolf Kirchschlagger (ein gescheiter und kluger Mann, der beiden Parteien recht war) und schließlich Kurt Waldheim (über den genug gesagt worden ist, der in Wirklichkeit völlig schuldlos an den Pranger gestellt wurde) und den Schluß macht Klestil, dessen Laufbahn sich in diesem zweiten Österreich abgespielt hat und der eine klare Angelegenheit ist. Wen meint also nun der Herr Menasse mit dem angeblichen Kriegsverbrecher? Hat er wieder nur eine Beschuldigung, eine Verdächtigung ausgesprochen, hinter der nichts steht?

Ohne Opposition?

Menasse meint die Freiheitliche Partei sei ihm widerlich, aber sie sei die erste wirkliche Opposition in einem Land, das sich vierzig Jahre lang Demokratie nannte, ohne eine Opposition zu haben und daß sie daher, mies wie sie ist, mehr nolen als volens zwei Konsequenzen in diesem Land hatte, die so mies nicht sind, als sie Chancen eröffnen, größere Transparenz der realen Situation, das Aufbrechen der alten Strukturen.

Menasse hat nun sein eigenes Regierungsprogramm. Was wäre notwendig, so schreibt er, wenn ein kleiner Schritt für die Republik nötig werde als ein riesiger Schritt für ihre Bewohner. Es müßten die Parteien, die die Mehrheit halten, daran gehen, die beiden Gründungsverprechen einzulösen. Dazu gehört eine Wahlrechtsreform, die es ermöglicht, eine Regierung zu wählen, anstatt sie nur zu bestätigen und ferner die Ausarbeitung der Verfassung, auf die das aufgeklärte Österreich stolz sein kann und die Politik, die auf den Boden dieser Verfassung gemacht wird, zum Selbstverständnis des Landes wird. J.E. ■



Ein treuer Österreicher stirbt: Major Blodermann wird von Nazi-Schergen ermordet.

litik. Punkt zwei war, daß nach der Nationalratswahl klare Verhältnisse herrschten: klare Mehrheit der Volkspartei, zweitstärkste Partei die Sozialisten und drittstärkste aber winzigste Partei die KP. Wie man zu einer gemeinsamen Regierungsform finden müsse, war offen. Da war einmal der Grund die Existenz der Sowjet Union, zum zweiten die Existenz der drei weiteren Besatzungsmittglieder Amerika, Frankreich und England, denen man eine möglichst starke demokratische Staatsform präsentieren mußte.

Bürgerkrieg und Putsch

Aber es hat noch einen anderen Grund gegeben, von dem Herr Menasse offenkundig gar nichts weiß, daß sich im Jahr

Einmarsch der Deutschen und der Okkupation Österreichs durch die Nazis trafen sich dann die Vertreter sowohl der Vaterländisch-Christlich Sozialen Gruppen als auch die Vertreter der Sozialdemokraten und dort nun unter dem furchtbaren Druck des Konzentrationslagers fanden sie zueinander, gaben einander wieder die Hände und begannen wieder miteinander zu sprechen. Das ist die Geburtsstunde der Koalitionsregierung in Österreich gewesen und der als Nebenregierung beschimpfte Sozialpartnerschaft. Diese hat tatsächlich in den ersten Jahrzehnten der zweiten Republik nicht nur dafür gesorgt, daß es kaum Streiks gegeben hat, sondern überhaupt, daß es sehr wenige Auseinandersetzungen um so-

scharf über die Sozialdemokraten her, denen er vorwirft, sie hätten durch ihre Haltung den wirklichen Sozialismus zerschlagen und die Solidarität, Rechtszustand, Menschenrechte und all das nicht in Wirklichkeit gewollt und nicht wirklich in Kraft gesetzt.

Zu den Merkwürdigkeiten dieses Artikels gehört, daß er davon spricht, der heutige Haider-Wähler hat, lange vor Waldheim den Kandidaten der Sozialdemokraten zum österreichischen Präsidenten gewählt, obwohl er weil dieser im Gegensatz zu Waldheim ein wirklicher Kriegsverbrecher gewesen sein soll. Sieht man sich die Liste der österreichischen Bundespräsidenten an, wir nennen sie hier: General Theodor Körner, Alfred

Der Krieg der Generäle

In diesen Tagen ist in Deutschland ein bemerkenswertes Buch erschienen. Es nennt sich „Der Krieg der Generäle“ und hat als Autoren Carl Dirks und Karl-Heinz Janfen.

Die beiden behaupten nicht mehr und nicht weniger, als daß nicht Hitler der große Feldherr aller Zeiten gegen die Welt gewesen sei, sondern daß er nur ein Werkzeug seiner Generäle war. Das widerspricht dem meisten, was wir über die Zeit des zweiten Weltkrieges gehört haben und es widerspricht auch der Meinung der meisten hohen Offiziere aus dieser Zeit, aber die Autoren haben doch einiges für diese These vorzubringen. Sie beginnen damit, daß sie die Geschichte der Wiederaufrüstung Deutschlands bis in das Jahr 1923 zurückverfolgen. Damals war General Hans von Seeckt zum Chef der Heeresleitung bestellt worden und setzte nun dem Truppenamt – unter welchen Namen sich der durch den Versailler Vertrag verbottene Generalstab tarnte – die Aufgabe ein Heer aufzubauen, das stärker sein sollte als jenes, das im Jahr 1914 vom kaiserlichen Deutschen Reich ins Feld geschickt worden war.

Deutschlands Weltgeltung

Der Sinn dieser neuen Aufrüstung sollte sein die Wiederherstellung der deutschen Weltgeltung. Ob das nun mit oder ohne einen Krieg abgehen werde, war nicht gesagt. Nun muß man dazu sagen, daß der sogenannte große Plan, das Konzept eines Kriegsheeres mit drei Millionen Mann in acht Armeen unter hundert und zwei Divisionen, befehligt von 252 Generälen, durchaus im Stand gewesen wäre, alle die von Deutschland verlorenen Gebiete wieder zu gewinnen. Trotz Aufrüstungsverbot und vielfältiger bürokratischer Widerstände rüstet die Reichswehr hinter dem Rücken sogar des Reichstages auf. Wir ha-

ben auch Nachrichten, die schon immer bekannt waren und man sich gewundert hat, daß zum Beispiel die deutsche Panzerwaffe durchaus vorhanden war, obwohl sie vom Versailler Vertrag untersagt worden ist, daß sie sich in der Sowjet Union befand, beziehungsweise dort üben konnte.

Goldene Zeiten

Die Autoren meinen, daß im Jahr 1933 mit der Machtübernahme durch den Natio-

onalsozialismus versprochen ihnen unbegrenzte Rüstungsfreiheit mit dem Ziel des Waffenganges zu Korrekturen von Versailles. Tatsächlich ist die Wehrmacht im August 1939 getreu dem „Großen Plan“ von 1923 bereit, jene dort geforderten 102 Divisionen in acht Armeen befehligt von 252 Generalen ins Feld zu schicken. Starke Worte wie wir sie sonst von Hitler und seinen nächsten Paladinen gewohnt waren, hatten sich aber schon die Generäle vom Jahr 1923



Der Traum der deutschen Generäle ging durch Adolf Hitler in Erfüllung.

nalsozialismus goldene Zeiten für die Generalität angebrochen wären. So hätte zum Beispiel Hitler schon im Februar vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine erklärt, für ihre Unterstützung des Na-

angewöhnt gehabt. So sprach zum Beispiel der Oberst Stülpnagel, ein späterer General davon, daß durch die Planung eine Reichswehr beziehungsweise eine Wehrmacht aufgestellt werden müsse, die stark

genug sei, unter der Ausschaltung aller krankhaften parlamentarischen Zustände und eines auf das Äußerste zu steigenden nationalen Hasses, der vor keinem Mittel der Sabotage, des Mordes und der Verführung zurückschrecken dürfte, die Grenzen des alten Reiches wieder herzustellen. Es kommt auch „der Ruf des deutschen Blutes zu rüsten“ zum Ausdruck. Zur Zeit Hitlers freilich, als er die unbeschränkte Rüstungsfreiheit verkündet hatte, wurden die Dinge auch recht kompliziert, denn es war einfach so, daß sich das Heer, die Marine und die Luftwaffe im Wege standen. Die deutsche Rüstungsmaschinerie, ihre Fabriken waren auch nur begrenzt lieferfähig und so konnte es passieren, daß ein bestimmter Wehrmachtswunsch gar nicht in Erfüllung gehen konnte.

Mit den Jahren hatte sich die Vorgangsweise eingebürgert, daß hohe Militärs ihre Vorschläge vom Diktator billigen ließen und ihm diese als „Führerbefehle“ unterschoben. Besonders Rüstungsminister Speer konnte von Hitler jede Unterschrift erlangen, die er wollte. Diese Praxis führte dazu, daß das „Führerprinzip“, das die Verantwortlichen von oben nach unten festsetzte, auf den Kopf gestellt wurde, indem die unteren Ränge, falls etwas schief lief, die Verantwortung auf den „Führer“ abwälzen konnten. Übrig bleibt ein kennzeichnendes Schlaglicht auf die deutsche Kriegsmaschine: auf einen immer schneller sich drehenden Kreislauf, in dem Wünsche die Wirklichkeit außer Kraft setzen. Unmögliches als selbstverständliche Pflichterfüllung verlangt und Pragmatismus als Feigheit vor dem Feind ausgegeben wurden. Je näher das „Führerprinzip“ seiner Erfüllung – dem totalen Krieg – kam, desto ineffizienter wurde es auch und umso größer erwies sich sein Realitätsverlust. Und so endete die militärische Tollkühnheit folgerichtig in einer Apotheose der Tollheit. ■

„Verlorene Jahre“

Buchabdruck von Karl Mandler

Karl Mandler, der ein Mann der Linken gewesen ist und der zwischen Kommunismus und linker Sozialdemokratie hin und her pendelte, es soll gesagt sein, daß er sogar einmal Landesparteiobmann der KPD gewesen ist in Salzburg und dann später und vorher SPÖ-Bezirksobmann, wandte sich den Kommunisten zu aus Enttäuschung über die all zu schwache Reaktion seiner Partei auf die Februarkämpfe im Jahre 1934. Dieser Mandler wird man nach dem Einmarsch der Deutschen 1938 vielfach verhaftet, immer wieder zur Polizei geholt und letzten Endes wieder frei gelassen. Er muß dann im Jahre 1940 einrücken zu einer Polizei-Batallion 181, das in Polen stationiert ist und dort nun erzählt er eine außerordentlich interessante Geschichte aus der man sieht daß keineswegs immer nur star dem Befehl zu folgen war. Das mag für den einzelnen schwer gewesen sein, aber sicherlich nicht für eine größere Einheit.

„Nach Wochen kam von einer Zentralstelle der Befehl, alle Gefangenen seien zu liquidieren. Ich tippte in der Schreibstube, als der Rittmeister diesen Befehl am Telefon entgegennahm. Mit der Ausführung dieses Befehls wurde unsere Einheit beauftragt. Dieser Befehl machte schnell die Runde, ich war selbstverständlich an der Publikation, nur mir gut gesinnten Polizisten gegenüber, beteiligt. Große Aufregung im Kasernenblock: „Wieso wir, wir sind doch fast alle selbst Familienväter, wie kann man uns zu dieser Dreckarbeit heranziehen.“

Der Kompaniechef hörte von dieser aufgeregten Stimmung seiner Einheit, und er selbst war scheinbar auch dieser Meinung. Und so griff er zum Telefon, rief die vorge-setzte Dienststelle an und erklärte, daß seine Einheit diesen Befehl nicht ausführen könne.

Seine Leute seien durchwegs ältere Jahrgänge, und da er nicht die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung des Befehls übernehmen könne, bitte er, eine andere Einheit mit der Liquidierung der Gefangenen zu beauftragen. Ich hörte ihm zu, wie er immer von neuem seine ablehnende Haltung begründete und schließlich um Versetzung zu einer anderen Einheit bat. Das Telefonat endete ohne Ergebnis. Es gab keine Zusage auf Rücknahme des Befehls. Nach Stunden kam die Nachricht, daß eine SSeinheit aus Leipzig Marschbefehl nach Neusander habe.

In unserer Einheit herrschten große Befriedigung und Erleichterung. Wir waren ja keine Polizisten, nur Dienstverpflichtete in Polizeiuniform. Gewiß waren einige aus unserer Einheit auch bereit, diesen Mordbefehl zu übernehmen, aber die meisten waren Zivilisten geblieben, trotz allem, und es war für mich erstaunlich feststellen zu können, daß selbst Nationalsozialisten nicht ohne weiteres bereit waren, sich zu Verbrechen degradierten zu lassen. Wenn die Geschichte bewies, daß auch Tausende Österreicher diese Verbrechen an den Fronten und in den Konzentrationslagern ja mitgemacht haben, steht das auf einem anderen Blatt. Aber hier, jetzt, in dieser Umgebung, fühlte selbst ich noch ein bißchen Hoffnung, daß es möglich sei, Verbrechen auszuweichen.

Dem Mordbefehl entkommen

Dank dem Offizier, der den Mut aufbrachte, uns vor dieser grausamen Arbeit zu bewahren, ich bedaure zutiefst, daß ich mich nicht des Namens dieses tapferen Offiziers entsinne, den wir alle damaligen Dienstverpflichteten und auch ganz Österreich zu Dank verpflichtet bleiben.

Die Hinrichtung dauerte den ganzen Tag, vom frühen Morgen bis zum Abend. Dienstfreie Männer unserer Einheit hatten sich nicht geschämt, diesen Verbrechen zuzuschauen. Sie erzählten: Der Hinrichtungsplatz liegt gegen Osten, außerhalb der Stadt. Die Gefangenen mußten sich selbst das Grab schaufeln, einen längeren tiefen Graben ausheben, in den sie sterbend stürzen sollten. Die SS war betrunken, die Flaschen kreisten unter ihnen, und sie machten sich einen Spaß aus ihren Schießkünsten

auf lebende Menschen. War das Grab ausgegraben, mußten sich die Polen vor der Grube nebeneinander aufstellen und wurden einzeln abgeschossen. Viele schrien: „Es lebe Polen, Freiheit für Polen.“

Manche begannen zu singen, andere beteten oder hoben ihre Faust gegen die SS-Schergen, und viele weinten. Die SS selbst schüttete am Ende ihres Massakers die Gruben zu. Die Erdhügel waren noch nicht zur Ruhe gekommen. Es muß grauenvoll gewesen sein.“ ■

Fluchtweg des Papstes wiedergefunden

Aus Rom sind Nachrichten aus dem Gebiet der kirchlichen Archäologie gekommen. Man hat dort bei Renovierungsarbeiten im Vatikan den seit langen vermißten Fluchtweg des Papstes wiedergefunden. Es ist dies ein Fluchtweg, der den Heiligen Vater bei Überfall feindlicher Kampftruppen, die Flucht aus dem Vatikan in die Engelsburg ermöglichen soll, wo die Päpste schon des öfteren belagert worden waren. Bei diesem Durchgang handelt es sich um ein offenkundig vor dem Jahre 846 erbautes Schutzmittel, denn 846 haben schon die Araber Rom überfallen und dabei die beiden Kirchen der höchst verehrten Apostel nämlich Sankt Paul und Sankt Peter „Vor den Mauern“ gebrandschatzt und ausgeraubt. Papst Leo IV (847 bis 855) mußte sich bei seinem Amtsantritt sehr rasch mit der Wiederherstellung der alten Befestigung fassen. Er hat, soweit wir heute wissen, das Viertel von Sankt Peter mit den bis heute bestehenden Befestigungen umgeben lassen. Ein nächster Papst Nikolaus III., der allerdings vierhundert Jahre später regiert hat, scheint sich klar gewesen zu sein, daß die Zeiten wieder so unsicher waren, daß es eines Fluchtweges bedurfte und so ließ er offenkundig den schon einmal im neunten Jahrhundert angelegten Fluchtweg ausbauen. Es führt nach dieser Weg sowohl zur Engelsburg als auch zum Mausoleum, der mächtigen uneinnehmbaren Grabstätte des römischen Kaisers Hadrian (regierte von 117 bis 138), das zur Schutzfestung der Päpste wurde.

Der Borgia-Papst Alexander VI. (1492 bis 1503) stellte diesen „Passetto“ fertig. Nicht zu früh. Denn er selbst konnte ihn schon gebrauchen gegen den französischen König Karl VIII. (1494), Klemens VII (1523 bis 1534) dann gegen Karl V. im berühmten „Sacco di Roma“ (1527), der Plünderung und Verwüstung der Ewigen Stadt durch österreichische, spanische und auch deutsche Landsknechte des deutschen Kaisers. Daß jetzt – seit 1986 – umfangreiche Restaurierungsarbeiten notwendig waren, hat darin seinen Grund, daß der Passetto als Geheimgang lange nicht mehr gebraucht wurde. Das letzte Mal, vor 129 Jahren, in September 1870, als italienische Truppen in die Stadt des Papstes einrückten. Pius XI. flüchtete zum Zeichen des Protests gegen das Königreich Italien und die neuen Herren in seiner Stadt in die Engelsburg und zog sich dann als „Gefangener“ in den Vatikan zurück.

Heinrich Drimmel

„Die Häuser meines Lebens“

Heinrich Drimmel viele Jahre Unterrichtsminister der Regierung Österreichs in den Fünfziger und sechziger Jahren, dann später Vizebürgermeister von Wien, Präsident des Paneuropa Verbandes hatte ab einem bestimmten Zeitpunkt angefangen all seine Funktionen zurückzulegen. Drimmel hat jedoch eine Reihe von Büchern geschrieben, teils autobiographisch, teils zeitgeschichtlich.

Der wahre Grund dafür dürfte wohl privates Unglück gewesen sein. Seine Frau starb. Seine Tochter war schwer krank. Heinrich Drimmel war als junger Mann beim Heimausschutz und ist als solcher am Anfang der Dreißiger Jahre zum sogenannten Schutzkorps gegangen. Das Schutzkorps war eine militante, stehende kasernierte Einrichtung, hauptsächlich aus dem Heimausschutz, aber auch aus Angehörigen anderer Wehrverbände, wie der Sturm-scharen oder des Freiheitsbundes, der Christlich Deutschen Turnerschaft etc.

„Die Lebensphilosophie, auf die ich in den Reihen der Marschierer der dreißiger Jahre stieß, war uneinheitlich. Nicht unbedingt weltanschaulich bedingt. Wir hatten im Schutzkorps einen Abrechner. Im alten Österreich wurden Rekruten nicht ausgebildet, sondern abgerichtet. Unser Abrechner war im Krieg Korporal im k.u.k. Infanterieregiment Hoch- und Deutschmeister Nummer 4 gewesen. Eine Wiener Type, die einmal ein Feschak gewesen sein mußte, die es aber nie zum Typ des Li-loms im Schema Arthur Schnitzler gebracht hätte. Eine kleine Silberne und eine Bronzene Tapferkeitsmedaille samt Spangen verriet eine bewegte Vergangenheit im Feld.

Indessen vertraute uns unser Abrechner während der Zigarettenpausen auf der Jesuitengasse im Prater an, daß er bei Rapporten öfters am linken Flügel, unter den zur Bestrafung Befohlenen, als am rechten Flügel, unter den zur Belobigung Angetragenen, gestanden hätte. Daran war nach

verschiedenen Andeutungen nicht zu zweifeln. 1918 hatte er ein wenig anachistelt, aber es war nicht viel daraus geworden. Uns sagte er, wir seien keine Freiwilligen, sondern Matwille, die schon noch sehen würden, was Kommis ist.

Zauber der Illegalität

Das damalige Auslese-kriterium im Politischen war das Risiko, vielleicht einmal die Existenz zu verlieren, die Freiheit oder gar das Leben. In diesem Punkt unterschieden wir uns nicht von den nach wie vor legalen Sozialisten und den bereits illegal gewordenen Nationalsozialisten. Zugegeben: die Illegalität hatte für junge Menschen einen Schimmer an sich, den wir, in der Heimwehr, nicht bieten konnten. Es kam die Zeit, in der zum Beispiel die Wiener Burschenschaft »Teutonia« einen außergewöhnlichen Zulauf hatte, weil sie ihren Verbindungsbetrieb in Form von Appellen der illegalen SA abzog. Ein blinder Grundwächter hätte dieses illegale Treiben mit dem Stock greifen können, umso mehr gelang dies der Staatspolizei, und es folgten schwere Tage für die Burschenschaft und ihre Jungen. So wie wir Studenten uns mühten, die Köpfe über die Streitfrage heiß zu reden, ob uns wohl zuerst die illegalen Nationalsozialisten angreifen würden – ihrerseits waren wir gerade aus unseren Wehrverbänden eingezogen worden – oder, gestützt auf ihre Bastion in Wien, die noch durchaus legale Sozialdemokratie, gingen ähnliche Erwägungen auch in den Stabsquartieren und Kellern der anderen hin und her. In allen

drei Lagern waren viele junge Menschen, die den bewaffneten Kampf nicht aus eigener Erfahrung kannten, die ihn aber als ein Motiv ihrer Lebens- und ihrer politischen Vorstellungen unbedingt bejahten. So wenig wir an Arbeitermord dachten, so wenig dachten unsere nationalsozialistischen Kommilitonen an Judenmord. Uns ging es um Österreich, ihnen um das Reich. In den Arbeiterwohnungen aber saßen zu viele Ausgesteuerte.

So um 1930 richteten sich unsere Aggressionen zuerst gar nicht gegen die anderen. Eher gegen bürgerliche Politiker, die, von Nazis und Sozialisten erschreckt, nicht mehr aus und ein wollten und angingen, auf der Stelle zu treten. Diesen schien, so dachten wir, die notwendige Courage zu fehlen, und Courage fanden wir bei den neueren Männern, bei den starken Männern, von denen übrigens einige bessere Vorstellungen hatten, als jene von besagtem historischen Nachgeschick.

Wenige Wochen nach unseren Diskussionen in der Nacht, geführt im Gebäude der ehemaligen Bodenkreditanstalt, zernierten wir in einer

Februarnacht den Bahnhof Floridsdorf am linken Donauufer in Wien. Es war die Nacht auf den 14. Februar 1934. Ausgerüstet waren wir mit Repetiergewehren, System Mannlicher, Modell 1895, die zu Stützen umgearbeitet worden waren. Der längst abgetragene Militärmantel war dünn, und er ließ Wind und Regen gut durch.

Aussichtsloser Kampf

Es stand sich in dieser Nacht schlecht auf Einzelposten. Zwar riß das flackernde Feuer bald ab, aber unser Korde war so dünn, daß wir nicht einmal auf Raufweite standen. Das Gelände war unübersichtlich: ein Rangierbahnhof, Fabrikanlagen, düstere Backen und Straßen, in denen Menschen wohnten, die wollten, daß ihre Söhne, Gatten und Väter, die im Schutzbund gegen uns kämpften, einen bereits aussichtslos gewordenen Kampf hinhielten.

Zum erstenmal sah ich die Toten einer militärischen Auseinandersetzung. Soldaten des Heeres, Kameraden vom Schutzkorps, Schutzbundmänner in Zivil. Das Heer sollte das Land verteidigen, wir sahen die Heimat bedroht und der Schutzbund wollte die Republik schützen. In dieser Defensive hatten wir uns bis aufs Blut bekämpft und aus lauter Verteidigungsbereitschaft auf einander geschossen. Und da lagen die Toten: Ein Bündel Mensch, der gewesen ist. Unsere Toten in dünner Uniform, die anderen in noch dünnerer Zivil.“ ■

Geburtstage

Runde und halbrunde Geburtstage feiern:

80 Jahre	Elisabeth DOR	1.12.1919
	Robert POLLAK	14.12.1919
	Hubertus GOLLER	18.12.1919

75 Jahre	Prof. Dr. Ludwig IGALLIGALFFY	15.11.1924
----------	-------------------------------	------------

Der Freiheitskämpfer und die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten gratulieren.



Mittagsrast auf der Seiseralm

Landesgruppe Salzburg der ÖVP-Kameradschaft

Die Landesgruppe Salzburg der ÖVP-Kameradschaft unternahm vom 6.-8. Juli 1999 eine Fahrt nach Südtirol. Da am Dienstag, 6. Juli 1999 ein herrliches Sommerwetter war, führen wir mit dem Bus der Firma Schwab aus Grödig über die Glocknerstraße nach Heiligenblut. Wir wollten über den Stallsattel nach Bruneck, aber mit dem Bus durften wir dort nicht fahren, so daß wir weiter nach Lienz mußten und von dort über Innichen nach Bruneck ins Hotel „Langenhof“ in Stegen kamen. Am Mittwoch führte uns der Weg

ins Gardatal, über den Gardasattel nach Wolkenstein zur Seiseralm (Foto). Über Kastelruth ging es nach Brixen und Neustift zurück nach Bruneck ins Quartier. Die Heimfahrt am Donnerstag machten wir über Lienz – Martell – Felbertauern – Zell a.S. nach Salzburg. Die Fahrt war ein schönes Erlebnis und wir möchten Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Arno Gsteiger für die finanzielle Unterstützung danken. Sein Vater war im KZ Dachau und war viele Jahre unser Mitglied.

Georg Felber



Inneres der Kirche im Kloster Neustift bei Brixen

Herbstausflug unseres Wiener Landesverbandes

Mittwoch, dem 6. Oktober 1999 sind ca. 20 Kameradinnen und Kameraden unserer Einladung zu einem Herbstausflug gefolgt. Um 8.00 Uhr sind wir von Wien 3. Bahnhof Mitte mit dem Autobus auf der Westautobahn vorerst Richtung Melk gefahren und dann nach Texing zum Geburtshaus unseres Märtyrerkanzlers Dr. Engelbert DOLLFUSS, am das an ihn erinnernde Museum zu besuchen. Geführt von dessen Leiter Ing. Karl Franc, dessen verstorbene Mutter als Mandatarin der ÖVP Ende der 50-iger Jahre Bezirksvorsteherin in Wien 8. gewe-

sen ist, besuchten wir diese sehr informative und liebevoll gestaltete Gedenkstätte. Mit einer Strophe des „Lied der Jugend“ gedachten wir seiner.

Nach dem Mittagessen in Maria Taferl besuchten wir die Gadenkirche, wo wir mit einem Gebet und einem Marienlied unserer Verstorbenen gedachten. Mit dem Besuch eines Heurigen in der Wachau ist dieser Herbstausflug ausgeklungen.

Wir danken vor allem unserem Kameraden Burian für die gelungene Organisation und Durchführung dieser Veranstaltung.

Ein Denkmal für Hauptschuldirektor Josef Reischenböck

In der Zeitung „Schule heute“ schreibt Prof Häußler:

Am 20. Mai 1999 wurde in einem Festsak am Gebäude der Salzburger Andriasschule (Haydnstraße) eine Gedenktafel für Josef Peter Reischenböck errichtet. An der Feier nahmen u.a. Bürgermeister Dr. Heini: Schaden, Vizebürgermeister DDr. Karl Gollegger, und mehr als 200 Kollegen und Kolleginnen und Schüler teil.

Reischenböck war Lehrer und Direktor dieser Schule, sowie Landesobmann und langjähriger Bezirksobmann des katholischen Lehrervereins Salzburg. Auch nach der Machtergreifung Hitlers blieb er seiner Gesinnung treu und trat offen für den Glauben und für Österreich ein. 1938 setzten ihn die Nationalsozialisten als Direktor der damaligen Bürgerschule Haydnstraße ab. 1942 wurde er verhaftet, und am 7. Mai 1943 in München-



Josef Reischenböck

Stadlheim hingerichtet. Bürgermeister Schaden würdigte das unbegreifbare Eintreten Reischenböcks für die Demokratie und die Glaubensgesinnung. CLV-Landesobmann

Dir, Dr. Josef Sampl bezeichnete in bewegten Worten ein Bild des Verstorbenen."

Weiters schreibt Häufel: „Dass diese Ehrentafel nunmehr angebracht wurde ist wesentlich dem jahrelangen zähen Einsatz von Herrn OSR Georg Felber, einem Kollegen der meiner Gruppe angehört hat, zu verdanken.“ Josef Reischenböck war ein begabter und fleißiger Pädagoge. Er leitete aus seinem Glauben für sich die Pflicht ab, persönlich für seine Weltanschauung einstehen zu müssen. Dies bedeutete für ihn, seine freundschaftlichen Kontakte zu vielen seiner Bekannten, die als Gegner der NSDAP galten, aufrecht zu halten und versuchte beharrlich seinen Briefwechsel in englischsprachliche Länder weiterzuführen. Er selbst war ein begeisterter Anglist und vor 1938 holte man ihn oft als Übersetzer. Bei so viel Konsequenz und Zivilcourage war die Konfrontation

mit dem NS-Regime unausweichlich. Er wurde am 12. März 1942 von der Schule weg verhaftet. Nach 7 Monaten Halt in Landsbat wurde er dem Volksgerichtshof in Salzburg vorgeführt und dort zum Tode verurteilt. Ein Gnaden-gesuch der Familie blieb unbeantwortet. Der Leichnam wurde der Universitätsklinik in Innsbruck übergeben, so dass Reischenböck kein Grab in seiner geliebten Heimat bekommen konnte.

Am 28. Mai 1943 schrieb der Pfarrer des Gefängnisses in München an Oberlehrer Friedrich Schiellendoppler (der 1938 zwangspensioniert wurde) und ein besonderer Freund war: „Er war ziemlich lang hier. Ich lernte in ihm einen Mann kennen, der sich ganz auf das ewige Leben ausrichtete... Jede Gelegenheit zum Empfang der heiligen Sakramente benützte er... er war geistig außerordentlich aufgeschlossen.“ ■



Gedenktafel an der Hauptschule Haydendstraße 3, Salzburg

Zwangsarbeit – Auskunftstelle

Kameradinnen, Kameraden, die nicht nur in irgendeinem Betrieb, sondern auch im KZ für eine Firma Zwangsarbeit leisten mussten, können sich zwecks Auskünfte über allfällige Entschädigung an den „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“, Leiter: Lothar Evers, D-51065 Köln, Holweider Straße 13-15, wenden.



Hans Leinkauf zum Gedenken

Vor 25 Jahren, am 5. Dezember 1974, ist unser Kamerad Hans Leinkauf gestorben. Er ist bis heute bei uns unvergessen und wird es auch bleiben. Über seine Verdienste im Österreich und Wien und seine Kameraden von der HW sowie auch unserem Verband ist bereits wiederholt berichtet worden, so z.B. im FREIHEITSKÄMPFER Nr. 1/1984, Seite 16 und der Jubiläumsummer unseres Organs Nr. 3/1993, Seite 15.

Zum Gedenken an seine Verdienste ist im Rahmen einer Feier am 6.6.1991, bei der auch der Obmann Dr. Jurasek im Namen unserer Organisation Worte des Gedenkens gesprochen hat, an seinem Wohnort Wien 17, Pointengasse 11, eine Gedenktafel angebracht worden. Hierüber ist im FK 3/1991, Seite 3, berichtet worden.

Nunmehr ist nach ihm eine öffentliche Verkehrsfläche in Wien 17, Ecke Dornbachstraße-Waldgghofstraße (knapp nach der Endstation der Linie 43) benannt worden. Die diesbezügliche Gedenktafel ist im Rahmen einer von der ÖVP-Bezirksgruppe Hernalds initiierten Feier am 28. Mai 1999, 15.00 Uhr, bei der der Bezirksvorsitzer Hans Mentschik und der Abgeordnete z. NR. DDr. König, Gedenkreiden gehalten haben, enthüllt worden.

Am Sonntag, dem 5.12.1999, 18.30 Uhr wurde in der Marienpfarre Wien 17, Wichtelgasse 74, in einer Gedenkmesse seiner gedacht.

Totentafel

Landesverband Wien:

Anna Maria MAHR verstorben am 16. September 1999, geb. 1913
Edith GRIGG im September 1999 verstorben

Landesverband Burgenland:

Helene AUGUSTA am 21. Oktober 1999 im 97. Lebensjahr verstorben

Landesverband Niederösterreich:

Oberreg. Rat. Josef JELINEK am 18.5.1999 verstorben
Hofrat Monsig. Anton BRUNNER am 4.8.1999 verstorben
Elfriede WILLMITZER am 6.10.1999 verstorben

Polen und die „Wehrmacht“

Die Angst vor Rußland ist noch immer lebendig

Es geht wieder um jene gewisse Ausstellung „Die Verbrechen der Wehrmacht“, die zunächst einmal aus dem Verkehr gezogen worden ist, weil wie selbst ihre Veranstalter zugeben, mindestens 10 Prozent der dort gezeigten Bilder gefälscht sind. Gefälscht ist nur die Herkunft. Es handelt sich durchaus richtig um Massengräber und Massen-Abschlachtung von Menschen, aber nicht immer sind es die Deutschen gewesen, sondern häufig eben auch die Russen, die bei ihrem Rückzug in Polen und auch in Weißrußland und der Ukraine ohne Rücksicht auf das was wirklich gegen die Leute vorlag, und aus irgend einem Grund in Haft waren, Menschen erschossen haben. Das waren hauptsächlich polnische und jüdische Intellektuelle. So berichtete die FAZ, daß man in Polen von allem Anfang an dieser Ausstellung wenig Aufmerksamkeit geschenkt, dafür aber auch wenig Kritik erhoben hat. In der Hauptsache, daß sie erst 1941 einsetzt, also mit dem Beginn des Rußland Krieges und nicht 1939 mit dem Überfall der Deutschen auf Polen. Der Autor des Artikels ist Klaus Ziemer Leiter des deutschen Historischen Institutes in Warschau. Er schreibt zunächst über das Brautum zu Allerheiligen in Polen.

Wenn beim Gedenken an die Opfer der jüngsten Vergangenheit in den neunziger Jahren die Opfer des stalinischen Terrors im Mittelpunkt standen, so ist das aus einem Nachholbedarf erklärbar. Er ist aus der jahrzehntelangen Tabuisierung traumatischer Erfahrungen erwachsen, die die polnische Gesellschaft vorseits der Sowjetunion vor allem im Zweiten Weltkrieg erlitt. Katyn steht hier nur für das bekannteste Beispiel. Die Legung des Mordes an Tau-

senden polnischer Offiziere, der von den Kommunisten bis Ende der achtziger Jahre den Nationalsozialisten zugeschrieben wurde, während jedermann in Polen den tatsächlichen Sachverhalt kannte, hatte und hat ihren Preis. Gegenüber Deutschland begannen in dem Maße, in dem sich die bundesrepublikanische Gesellschaft zu den während des Zweiten Weltkriegs in und an Polen begangenen Verbrechen und der Staat sich zu der daraus erwachsenden politischen Verantwortung bekannte, die Wunden langsam zu vernarben. Dagegen wurde das von Polen von sowjetischer Seite zugefügte Unrecht durch Leugnung im Bewusstsein so lebendig gehalten, als seien die Taten gestern geschehen.

Der Fall Katyn

Ende der achtziger Jahre, mehr als vierzig Jahre nach dem Geschehen, konnten die aus den früheren polnischen Ostgebieten „zwangsweise Umsiedelten“ über die oft erschütternden Begleitumstände ihrer Vertreibung in der Presse berichten, konnten sich Ansätze von Vertriebenenverbänden bilden, die Namen wie „Freunde Lembergs“ annahmen. Die „Sibirianer“, die aus den von der Roten Armee 1939 besetzten polnischen Gebieten nach Sibirien Deportierten, bildeten einen Verband, der nach 1989 ihre materiellen Interessen gegenüber dem Staat vertritt. In den neunziger Jahren entstanden etliche Denkmäler und Gedenktafeln zu Ehren der Opfer, die über vierzig Jahre lang tabu waren.

Zwar wurde bezüglich Katyn Anfang der neunziger Jahre auch von russischer Seite der tatsächliche Sachverhalt eingeräumt. Doch ist unvergessen, dass die offiziellen

Dokumente, die die Verwicklung der höchsten sowjetischen Stellen in die Ermordung der polnischen Offiziere 1940 belegen, zunächst nicht von staatlicher sowjetischer oder russischer Seite vorgelegt wurden, sondern aufgrund der mutigen Recherche einzelner russischer Journalisten aufgefunden und erst dann offiziell der polnischen Seite übergeben wurden.

Keine Entschuldigung

Eine förmliche Entschuldigung von sowjetischer oder russischer Seite für das an Polen begangene Unrecht gibt es bis heute nicht. Hierfür fehlt es offenbar auch an einem entsprechenden Unrechtsbewusstsein. Nach Überzeugung vieler Polen betrachtet die russische Führung Polen weiterhin als ihr „natürliches“ Einflussgebiet, in dem Russland nur vorübergehend nicht schalten könne, wie ihm eigentlich zustehe. Die Polen – und die Ostmitteleuropäer insgesamt – würden von der Mehrheit der russischen politischen Eliten nicht als Subjekte betrachtet, sondern als Objekte.

Ganz im Gegensatz zu Goldhagens Behauptungen, daß die Deutschen und übrigens auch die Österreicher willige Gehilfen Adolf Hitlers bei der Verfolgung und binahe Ausrottung des Judentums gewesen seien und außerdem auch Selbst Schuld an den ganzen Krieg gewesen seien, schreibt der frühere polnische Botschafter in den USA Dziauwowski in der angesehenen polnischen Tageszeitung „Rzeczpospolita“ erschienen wenige Tage nach seinem Tod: Die Deutschen hätten in der Geschichte etwas beispielloses getan, nämlich ihre Vergangenheit einer schonungslosen Analyse unterzogen und

zwar von der Geschichtsschreibung durch die Literatur bis zur Außenpolitik.

Rußland dagegen sei bis heute nicht mit sich im Reinen, neben den Demokraten stünden die Verehrer Stalins, mit erschreckender Leichtigkeit sei der Angriff im Krieg gegen die Tschetschenen erfolgt. Die Polen so heißt es weiter, fürchten sich vor diesem altbekannten Rußland, weshalb der NATO Beitritt Polens die erwünschte Sicherheit gäbe. Als ein besonderes Zeichen deutschen Gesinnungswandels wird erwähnt, daß Bundeskanzler Schröder Anfang September 1999 in Palmiry bei Warschau Kränze niedergelegt habe.

Dort aber wurden während des Krieges tausende, polnische Widerstandskämpfer exekutiert, natürlich von den Deutschen. Von Polens östlichen Nachbarn, von den Russen, gibt es keine derartigen Zeichen.

Der 17. September der Tag der Invasion der Roten Armee in Polen 1939 wurde und wird als Tag des Gedenken in der polnischen Öffentlichkeit ebenso erwähnt, wie der 1. September der Tag des Angriffs von Hitler Deutschland auf Polen, aber diese Tage werden in Belarus als Nationalfeiertage begangen. Dort wird die Wiedervereinigung der betreffenden früheren ostpolnischen Gebiete mit dem „Mutterland“ gefeiert. ■

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium des ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten,
1080 Wien, Laudongasse 16
Verleger: NOPPA-ZEITUNGSS-VERLAG Ges.m.b.H.,
3403 Klosterneuburg,
Wiener Straße 106

Redaktion: Johannes Edlitz
Fotos: Felber, „Presse“-Archiv,
Vogelsgang-Institut

Layout: Tanja Pichler, 1090 Wien,
Kottenbrunnengasse 11/23

Druck: Druckerei Klämpfer GmbH
Hans-Sutter-Str. 9-15, 8160 Waid

